

Beitragsfreigrenze für Kita-Gebühren angehoben

Linke haben ihr Ziel im Kreistag erreicht / Lob für den Antrag von CDU und SPD

MÄRKISCHER KREIS ■ Die Linken haben ihr lang ersehntes Ziel erreicht – und das durch einen gemeinsamen Antrag von CDU und SPD im Kreistag. Danach werden für die Kindertagesstätten im Zuständigkeitsbereich des Kreises (Balve, Halver, Herscheid, Kierspe, Meinerzhagen, Nachrodt-Wiblingwerde, Neuenrade und Schalksmühle) die Einkommensgrenzen für die Beitragsfreiheit von 15 000 auf 25 000 Euro ange-

hoben. Die Beiträge für das dritte und jedes weitere Geschwisterkind werden abgeschafft. Zur Begründung hieß es: „Die Bemessungsgrenzen für die Berechnung von Kita-Beiträgen sind zuletzt im Jahr 2008 angehoben worden. Zwischenzeitlich haben sich die Lebenshaltungskosten erhöht und die aktuelle Einkommensgrenze ist nicht mehr angemessen.“ Manuel Huff hatte als Fraktionschef der Linken noch vor dem Jah-

reswechsel angekündigt, bei den Kita-Gebühren nicht locker zu lassen. „CDU und SPD haben in vorausseilendem Gehorsam das Thema aufgegriffen. Sie bewegen sich in die richtige Richtung“, lobte er. Die jetzt beschlossene Anhebung gilt auch für den offenen Ganztag.

Karsten Meininghaus (CDU) und Wolfgang Rothstein (SPD) rückten das Wohl von Eltern und Kindern in den Mittelpunkt. Der SPD-Vorsit-

zende: „Wir schließen damit eine Gerechtigkeitslücke.“ Nicht in der Sache, aber am Vorgehen gab es Kritik von Axel Hoffmann (FDP): „Bislang wurden kostenwirksame Entscheidungen mit allen Fraktionen besprochen. Wenn man den Weg verlassen will, ist das bedauerlich.“ In der Stadt Iserlohn, die über ihre Beiträge selbst entscheidet, liegt der Kita-Freibetrag übrigens bei jetzt 42 000 Euro. ■ **be**

13.04.2018

Lüdenscheider Nachrichten

Immer mehr Ausländer

Zahl steigt im Kreis auf 45 960

MÄRKISCHER KREIS ■ Die Zahl der in NRW lebenden Ausländer sei 2017 auf ein Rekordniveau gestiegen, teilten gestern die Statistiker des Landesbetriebes IT.NRW mit. Auch am Märkischen Kreis ging diese Entwicklung nicht vorbei. Ende 2017 lebten hier 58 035 Ausländer. Das waren 1 120 mehr als ein Jahr zuvor. Die meisten der zwischen Hönne und Volme lebenden Ausländer kommen aus europäischen Ländern. Dazu zählen nicht nur 25 610 EU-Bürger, sondern auch 14 880 Türken. Deren Zahl ging damit zwar im Vergleich zu 2016 leicht zurück, dennoch bilden sie die mit Abstand größte Gruppe unter den im Kreis lebenden Ausländern. Auf Platz zwei folgen 7 295 Grie-

chen (155 mehr als 2016) und auf Platz drei 5 725 Italiener (plus 120).

Aus dem afrikanischen Raum kommen 2 430 der im Märkischen Kreis lebenden Ausländer, die meisten davon sind Marokkaner und Nigerianer. Die Zahl der Asiaten stieg um über 400 auf 8 820. Zu ihnen gehören 3965 Syrer (plus 230), 745 Afghanen (minus 20) und 955 Iraker (plus 55).

Es gibt auch einige Exoten unter den im Märkischen Kreis lebenden Ausländern – zum Beispiel zehn Esten, fünf Koreaner und 15 Bürger aus Australien beziehungsweise Ozeanien.

Knapp 53 Prozent der im MK lebenden Ausländer sind Männer. ■ **ben.-**

13.04.2018

Altenaer Kreisblatt

Kommunen entlasten

Integration: 2,47 Millionen Euro zusätzlich

MÄRKISCHER KREIS ■ Insgesamt 2,47 Millionen Euro zusätzliche Mittel erhalten die Städte und Gemeinden im Märkischen Kreis vom Land NRW zur Entlastung des Integrationsaufwands für Flüchtlinge. Einen entsprechenden Gesetzentwurf präsentierte die NRW-Koalition. Noch in diesem Jahr werden demnach 100 Millionen Euro an die 396 nordrhein-westfälischen Gemeinden verteilt. Das teilen die CDU-Landtagsabgeordneten Matthias Schick und Marco Voge mit.

Mit den Landesmitteln würden die flüchtlingsbedingten Zuweisungen des Landes an die Kommunen auf insgesamt 1,6 Milliarden Euro steigen. Zusätzlich würden noch

die vom Bund für 2018 angekündigten Mittel aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds in Höhe von circa 10 Millionen Euro an die Kommunen weitergeleitet, heißt es weiter. Konkret gibt es unter anderem für Altena 133 192 Euro, für Balve 92 334 Euro, Nachrodt-Wiblingwerde erhält 50 000 Euro, Neuenrade ist mit 86 224 Euro dabei, Plettenberg erhält 177 437 Euro und für Werdohl sind es 101 696 Euro.

Der Verteilungsschlüssel richtet sich zu 40 Prozent nach der Anzahl der Geflüchteten für Oktober bis Dezember 2017 sowie zu 60 Prozent nach der Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung.

13.04.2018

Lüdenscheider Nachrichten

„Einnahme-Verlust kann nicht akzeptiert werden“

Kämmerer Jens Groll zum Grundsteuer-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Von Christos Christogeros

PLETTENBERG - Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Grundsteuer sei verfassungswidrig, sei für kommunale Finanzexperten nicht überraschend gekommen, erklärt der Plettenberger Kämmerer Jens Groll. Dennoch stellt sich für viele – Mieter und Eigentümer – nun die Frage, welche Konsequenzen dieses Urteil auch in der Vier-Täler-Stadt haben könnten.

„Dieses Thema beschäftigt die kommunale Steuerwelt schon sehr lange“, erklärte Groll auf Anfrage der Heimatzeitung. Es sei nur eine Frage der Zeit gewesen, bis die Verfassungswidrigkeit der Grundsteuern festgestellt worden wäre. Die Karlsruher Richter hatten erklärt, dass die Bemessung völlig überholt sei und zu gravierenden Ungleichbehandlungen führen würde. Die sogenannten Einheitswerte stammen in Westdeutschland aus dem Jahr 1964, in Ostdeutschland sogar aus dem Jahr 1935. Bis

Ende 2019 hat die Bundespolitik nun Zeit, eine neue Regelung zu finden, die dann bis 2024 eingeführt werden müsse.

Laut Groll seien in Plettenberg rund 10 000 Grundstücke betroffen. Vor allem die Grundsteuer B (siehe InfoKasten) besichere Kommunen enorme Steuereinnahmen. In der Vier-Täler-Stadt seien es im vergangenen Jahr rund 5,8 Millionen Euro gewesen. Dies entspreche circa 12,5 Prozent der gesamten Steuereinnahmen der Stadt.

Wie Groll erklärt, könnten Kommunen auf Grundsteuern nicht verzichten. Diese seien nach der Gewerbesteuer die zweitwichtigste kommunale Steuer mit eigenem Hebesatzrecht.

Da die Kommunen die Hebesätze selbst festlegen, müssen die Steuersätze auch bei der Neufassung der Bemessung nicht zwangsläufig steigen. Daher könne auch der Plettenberger Kämmerer nicht sagen, ob die Sätze stei-

gen oder sinken würden. Klar sei aber: „Ein Einnahme-Verlust kann nicht akzeptiert werden.“ Es sei aber noch nicht abzuschätzen, „ob es im Einzelfall Gewinner oder Verlierer geben wird“, sagte Groll.

Doch wie könnte eine Reform der Grundsteuer aussehen? Groll sieht eine Konkurrenz zwischen dem vertretbaren Verwaltungsaufwand zur Neubemessung der Grundstücke und Gebäude sowie der Steuergerechtigkeit. So würde es am einfachsten für die Erfassung sein, lediglich eine Bodensteuer zu erheben. „Bei der Steuergerechtigkeit habe ich dann wiederum bei dieser Methode meine Zweifel“, erklärte Groll.

Eine reine Bodensteuer würde das Gebäude, das sich auf dem zu bemessenden Grundstück befindet, nicht berücksichtigen. Baulücken oder Brachflächen würden allerdings zukünftig deutlich höher besteuert werden als

bisher.

Besonders der Deutsche Mieterbund, aber auch weitere Verbände, plädieren für die Bodensteuer. Denn diese würde Spekulationen verteuern und somit Anreize zum Bau von Gebäuden liefern.

Die günstigste Variante für Mieter wäre laut Deutschem Mieterbund die Abschaffung der Umlage der Grundsteuer über die Nebenkostenabrechnung auf die Mieter. Die Interessenvertretung argumentiert, dass es sich bei der Grundsteuer um eine Art Einkommenssteuer handele, die sich Vermieter nicht von ihren Mietern zahlen lassen sollten.

Egal, wie die Reform nun aussehen wird – Groll hofft auf die sogenannte „Aufkommensneutralität“, also gleichbleibende Einnahmen. „Ich vertraue auf die Interessenverbände der Kommunen, die regelmäßig ein beratendes und ein wachendes Auge auf die Gesetzgebung haben“, erklärte Groll.

13.04.2018

Internationale Kunstwochen im Partnerkreis Elbe-Elster

Junge Künstler zwischen 16 und 20 Jahren gesucht

Menden/Kreis. Die 9. Internationale Jugendkunstwoche findet in den Sommerferien vom 29. Juli bis 5. August im Partnerkreis Elbe-Elster statt. Der Märkische Kreis sucht vier kulturinteressierte, begabte Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren.

Bei einer Projektwoche im Partnerkreis Elbe-Elster im Süden Brandenburgs treffen sich Jugendliche aus unterschiedlichen Ländern, um gemeinsam ihre künstlerischen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erweitern und auszuprobieren. Sie erhalten die Möglichkeit, unter professioneller Leitung verschiedene Kunstprojekte zu verwirklichen. Jeder einzelne kann in einer ganz besonderen Atmosphäre sein künstlerisches

Potenzial aufarbeiten und es in der Projektzeit mit Hilfe von verschiedenen Techniken verbessern. Gemeinsam kreativ arbeiten, leben und feiern wird während dieser Projektwoche großgeschrieben. Da es sich um ein Partnerschaftsprojekt handelt, werden die Reise, die Unterbringung und die Verpflegung von beiden Partnerkreisen organisiert und übernommen.

I Wer Interesse hat an dieser Projektwoche teilzunehmen, meldet Sie sich beim Fachdienst Kultur und Tourismus des Kreises, Isabelle Schöneborn, ☎ 02352-966 7060 (Mo-Do: 8 -13 Uhr) oder i.schoeneborn@maerkischer-kreis.de

Arbeitskreis für Frauen

MÄRKISCHER KREIS - Die Kreistagsfraktion der Grünen hat einen Arbeitskreis Frauen eingerichtet, der sich in der kommenden Woche zum ersten Mal trifft, um Themen wie die Gleichstellung wieder stärker in die politische Diskussion zu rücken. Als Beispiel führen die Grünen die demografische Entwicklung in Verwaltungen an, die wegen fehlender Personalplanungen inzwischen häufig Probleme bei der Stellenbe-

setzung hätten. Das Treffen ist für Mittwoch, 18. April, ab 19 Uhr im Kreishaus Lüdenscheid vorgesehen. Interessierte sind eingeladen. In der ersten Sitzung wird die grüne Landtagsabgeordnete Josefine Paul über ihre Arbeit im Landtag berichten. Die Fraktion bittet um Anmeldung per E-Mail unter fraktion@gruene-mk.de oder per Tel. 0 23 51 / 9 66 61 23

13.04.2018

Lüdenscheider Nachrichten

13.04.2018

WP WESTFALENPOST
Mendener Nachrichten · Balver Nachrichten

„Jede Arthrose hat eigene Gesetze“

Lüdenscheider Gesundheitsforum gut besucht

LÜDENSCHIED ■ „Arthrose ist ‚das‘ Thema der Orthopädie.“ Auf Kniegelenk erhaltende orthopädische Behandlungsmöglichkeiten richtete Dr. Markus Leyh, Oberarzt in der Abteilung Schulter-, Ellenbogen-, Kniechirurgie/Sporttraumatologie an der Sportklinik Hellersen, am Mittwoch beim Lüdenscheider Gesundheitsforum von Sportklinik, Gesundheitszentrum Hellersen und AOK sein Augenmerk.

In Vertretung von Dr. Volker Stoll (Chefarzt Kniechirurgie / Sporttraumatologie), der seine Teilnahme an der Veranstaltung krankheitsbedingt absagen musste, ging der Facharzt für Orthopädie und

Unfallchirurgie vor voll besetzten Rängen auf unterschiedliche Möglichkeiten, Arthrose zu behandeln, ein.

„Jede Arthrose hat ihre eigenen Gesetze“, erklärte er. Von 42 Millionen Arztkonsultationen im Jahr und 52 Millionen Arbeitsausfalltagen wegen Arthrosebeschwerden war die Rede. „Die Medizin hat noch nicht verstanden, warum der eine Arthrose bekommt und der andere nicht“, erklärte der Arzt. „Wir wissen aber, dass der, der sich viel bewegt, sie weniger bekommt.“

Belastend seien vor allem die durch eine Entzündung hervorgerufenen Schmerzen. Diese gelte es in den Griff zu

bekommen. Bilder typischer „Sauerländer Hüften“, wie Leyh salopp formulierte, auf denen weit fortgeschrittene Arthrose zu sehen war, brachte er zum Vortrag mit. „Die Berliner kommen deutlich eher“, seine Erfahrung.

Kein konservatives Verfahren könne die Arthrose-Probleme vollständig lösen, erklärte der Arzt. Die höchste Erfolgsquote sei bei Übungsbehandlungen und Krafttraining/Wasserübungen zu erwarten.

Auf Schmerzmittel wie Paracetamol und Gewichtsreduktion ging er ein. „30 Prozent weniger Schmerz bei zehn Kilo weniger“, stellte er in Aussicht. An Sport empfahl er Nordic Walking. „Bewegen Sie sich in einem Ausmaß, wie Ihr Körper das erlaubt“, lautete sein Rat.

Bei Nordic Walking wirke das 1,3-fache Körpergewicht auf das Gelenk, beim Joggen das 5,5-fache Körpergewicht. Gehhilfen und Orthesen zu

nutzen sowie auf das richtige Schuhwerk mit Schuhrandhöhe zu achten, riet der Mediziner. „Auch Kompressionsstrümpfe können helfen.“

Darüber hinaus gelte es, Wärme- und Kältebehandlung auszuprobieren. „Viel Schmerz entsteht auch über eine verspannte Muskulatur.“ Akupunktur sei mindestens genauso wirksam wie Paracetamol, erläuterte er mit Blick auf vier große Studien. Anzunehmen sei, dass die Nadeln den Schmerz modifizieren. Naturheilverfahren und gesunde Ernährung ließ Leyh ebenso wenig außen vor. Mit einem kurzen Blick auf die gelenkerhaltende Chirurgie (Arthroskopie) und die Knorpelzüchtung ACT, ein sehr teures Verfahren, schloss er seinen Vortrag. Im Anschluss erhielten die Besucher die Gelegenheit, Fragen zu stellen. ■ MS

13.04.2018

Lüdenscheider Nachrichten

Mit 138 km/h über die Landstraße

Kreis nimmt neuen Blitzer in Betrieb

KIERSPE ■ An der Friedrich-Ebert-Straße steht seit gestern eine mobile Radarfalle, getarnt auf einem Anhänger. Dieses Gerät wurde vom Märkischen Kreis neu angeschafft und kommt dort erstmalig zum Einsatz. Nach Angaben des Bedieners ist der Anhänger genauso flexibel einsetzbar wie eine normale mobile Radarfalle, und auch der Einrichtungsaufwand ist in dem meisten Fällen kaum größer. Was die Autofahrer davon halten, bleibt abzuwarten. An dieser Stelle, mittags in einer Tempo-30-Zone nahe der Schule, ist aber von hoher Akzeptanz auszugehen. Der festinstallierte „Starenkasten“ direkt auf der anderen Straßenseite ist derzeit ein „zahnloser Tiger“. ■ klü

Es wird weiter gerast in Kierspe

Es wird weiter gerast und manchmal nicht zu knapp, wie aus den gestrigen Zahlen

der Polizei hervorgeht. Da wurde in der Zeit von 7 bis 12 Uhr auf der Landstraße 528 in einer Tempo-70-Zone gemessen. Ein Golfspieler schoss den Vogel ab: Mit 138 Kilometern pro Stunde war er unterwegs. Die Quittung: zwei Punkte in Flensburg, zwei Monate der Führerschein futsch und 440 Euro Bußgeld.

Insgesamt 985 Fahrzeuge wurden durchs Radar erfasst. 99 Mal hagelte es eine Verwarnung, 38 Mal wurde eine Ordnungswidrigkeitsanzeige geschrieben. Die Landstraße 528 zwischen Kierspe und Halver fällt in Sachen Geschwindigkeitsverstößen immer wieder besonders negativ auf. So war beispielsweise im Februar des vergangenen Jahres ein Autofahrer mit Tempo 146 nahe der Ortschaft Holt geschnappt worden. Auch im Mai des vergangenen Jahres wurde dort ein Raser gestellt, der mit 143 Kilometern pro Stunde über die Landstraße bretterte. ■ gi

13.04.2018

Meinerzhagener Zeitung

„Brustkrebs, was nun?“

Experten informieren über Brustrekonstruktion

LÜDENSCHIED ■ „Brustkrebs, was nun?“ ist der nächste kostenlose Vortrag in der Reihe „Dienstags in den Märkischen Kliniken“ überschrieben, der am 17. April ab 18 Uhr im Seminarzentrum (Haus 7) des Klinikums Lüdenscheid stattfinden wird.

„Als Symbol für Weiblichkeit gehört die Brust untrennbar zu einer jeden Frau“, heißt es in der Ankündigung der Märkischen Kliniken. Wenn Frauen nach einer Brustkrebserkrankung ihre Brust verlieren, bedeute das fast immer einen großen Einschnitt, verbunden mit Ängsten und Unsicherheiten. Dabei müsse es nicht bleiben.

In einem Vortrag möchten am kommenden Dienstag zwei Experten aus verschiedenen medizinischen Fach-

disziplinen, die Möglichkeiten der weiblichen Brustrekonstruktion nach einem Brusttumor vorstellen.

Privatdozent Dr. Stéphane Stahl, Direktor der Klinik für Plastische, Ästhetische und Rekonstruktive Chirurgie/Handchirurgie am Klinikum Lüdenscheid, und Dr. Manfred Hilscher, Direktor der Frauenklinik am Klinikum Lüdenscheid, möchten in ihrem Vortrag allen Frauen Mut machen und die Möglichkeiten der Brustrekonstruktion erklären, sowie die Risiken und die technischen Grenzen beleuchten. Im Anschluss an den Vortrag nehmen sich die Experten Zeit für die Fragen der Besucherinnen und Besucher. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der AOK Nordwest statt.

13.04.2018

Lüdenscheider Nachrichten

„Ankündigungspolitik war niemals mein Ding“

Christel Voßbeck-Kayser gibt Amt als CDU-Stadtverbandsvorsitzende ab

Von Johannes Bonnekoh

ALTENA - Der CDU-Stadtverband Altena bekommt eine neue Führungsspitze. Christel Voßbeck-Kayser wird am 12. Juni nicht erneut als Vorsitzende kandidieren. Mit ihr werden weitere Vorstandsmitglieder ihre Posten räumen. Das sagte die 56-Jährige auf Anfrage.

Zwar widerstrebt es ihr, ihre mehr als 130 Partei-Mitglieder über die Zeitung über diesen Schritt zu informieren. „Aber es war so schwer, überhaupt einen Sitzungs-Termin zu bekommen, weil zurzeit in Altena alles Richtung Schützenfest und -Vorbereitung läuft.“

Was macht Christel Voßbeck-Kayser heute, acht Monate nach dem Verlust ihres CDU-Bundestagsmandats? „Bis zum 23. Oktober 2017 war ich offiziell noch im Amt. Dann habe ich mich sofort um einen Wiedereinstieg in meinen Beruf bemüht“, sagt die dreifache Mutter.

Zum 1. März 2018 wies ihr der Märkischer Kreis, der vor ihrer vierjährigen Abgeordnetentätigkeit bereits 28 Jahre Arbeitgeber der diplomierten Sozialpädagogin war, eine neue Stelle zu. Wieder in Menden. Wieder in dem Haus Brückstraße 9, in dem sie für den sozialpsychiatrischen Dienst gearbeitet hatte. Voßbeck-Kayser wirkt heute im Fachdienst 75 – der sogenannten Betreuungsstelle – und bearbeitet selbstständig

das Gebiet der Stadt Hemer. Vielfältig, interessant und abwechslungsreich sei das Aufgabengebiet. Zu ihm gehören sowohl die Betreuung und Beurteilung sowie Hilfestellungen für Suchtkranke, alte Menschen und psychiatrisch erkrankte Menschen. Immer dann, wenn Missstände auftreten, Familien, Polizei oder Nachbarn um Hilfe bitten, ist die Betreuungsstelle gefragt, inklusive einer engen Zusammenarbeit mit den Gerichten. Der Kreis wird gehört, dann wird entschieden, ob ein Berufsbetreuer oder etwa eine andere Vertrauensperson damit beauftragt werden, zu helfen.

Zieht Christel Voßbeck-Kayser, die erst 2001 CDU-Mitglied wurde, in der Politik eine Art Reißleine? „Nein“, sagt sie kurz. „Ich möchte mehr Zeit für meine Familie, Hobbys und vieles mehr ha-

mativ. Es hat mir viel gegeben. Aber jetzt möchte ich mich zudem auf meinen Beruf konzentrieren und einmal ganz andere Dinge tun.“

2009 trat sie erstmals für den Bundestag an. 2013 und 2017 noch einmal. Jedes Mal scheiterte die Evingserin als Direktkandidatin denkbar knapp. 2013 zog sie über die Liste in den Bundestag ein.

Was ärgert sie heute am Politikbetrieb? „Der Bürger darf Ergebnisse erwarten, nicht immer nur Problembeschreibungen.“ Alles sei nach wie vor viel zu bürokratisch. Und: „Viel wird angekündigt, selten etwas umgesetzt. Das nenne ich Ankündigungspolitik. Die Medien lieben das aber offenbar.“

Nach wie vor hält sie den Einsatz für die Bebuschung des Breitbandausbaus für ihren größten politischen Erfolg. Auch wenn sich später der Minister bei Dagmar Freitag, SPD, dafür entschuldigte, dass Voßbeck die Bewilligungsbescheide persönlich übergab. Kritik an der Iserlohnerin kommt ihr nicht über die Lippen. Kritik an Parteifreunden aus dem engeren und weiteren Umfeld (Stadt, Land und Bund) auch nicht.

Sie zieht nur die Schultern hoch, gestikuliert und lächelt irgendwie tapfer, als das Thema auf den CDU-Wahlverlierer Paul Ziemiak (JU-Vorsitzender aus Iserlohn), der in Herne nur 23,5 Prozent der

Stimmen holte oder den langjährigen heimischen Weggefährten Thorsten Schick (MdL) kommt. Ziemiak bezeichnet sich heute selbst als MdB-Mandatsstatthalter in ihrem ehemaligen Wahlkreis. Sie sagt nur, sie sei mal gefragt worden, ob es wirklich von allen Stadtverbänden ihres Wahlkreises eine faire Unterstützung gegeben hätte. Was die Partei gegen die fulminante Erststimmekampagne des FDP-Kandidaten getan habe oder warum sie ganz offenbar beim Kampf um einen besseren Listenplatz so wenig Rückenwind aus Südwestfalen verspürte. „Da soll sich jeder seine eigene Meinung bilden...“ Christel Voßbeck-Kayser resümiert: „Es war eine tolle Zeit, alles in allem. Ich sage mal: Politiker einer Partei verbinden gemeinsame Ziele und Projekte. Mehr aber nicht.“

”
In der Politik gibt es
Weggefährten, aber
keine Freunde

“
Christel Voßbeck-Kayser über
den politischen Umgang im
Bund, Land und in der Stadt
ben. Das Arbeiten in der Poli-
tik war spannend und infor-

”
Problembeschreibungen
liefern, aber keine
Lösung. Wer will das?

“
Christel Voßbeck-Kayser über
den neuen Politikstil, zum Bei-
spiel von Jens Spahn

Der Pressespiegel erscheint werktäglich
Widergegebene Auszüge sind die Meinung des
jeweiligen Autors oder Publikationsorgans.
Eine Wertung durch den Märkischen Kreis
ist damit nicht verbunden.

Für den Pressespiegel werden
regelmäßig ausgewertet:

Zeitungen:

Allgemeiner Anzeiger
Altenaer Kreisblatt
Iserlohner Kreisanzeiger
Lüdenscheider Nachrichten
Meinerzhagener Zeitung
Süderländer Tagesblatt
Süderländer Volksfreund

Westfalenpost Hagen
Westfalenpost Menden

13.04.2018

Altenaer Kreisblatt

77,7 Kilo Biomüll pro Einwohner

Landesministerium peilt 150 Kilogramm an

Von Martin Messy

LÜDENSCHIED • Legt die Stadt die Messlatte so hoch wie es das Landesumweltministerium tut, ist Lüdenschied noch sehr weit weg vom angepeilten Ziel: In Düsseldorf wollen Experten untersuchen, wie es umsetzbar ist, dass die Einwohner noch mehr Biomüll vom normalen Müll trennen. Aktuell sind es laut Ministeri-

um 116 Kilogramm pro Einwohner, Ziel sind 150.

„In Lüdenschied werden Biotonnen auf freiwilliger Basis an die Haushalte vergeben. Im vergangenen Jahr wurden auf diese Weise 5684 Tonnen eingesammelt. Das sind 77,7 Kilo pro Einwohner“, sagt Andreas Fritz, stellvertretender Werkleiter des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebs Lüdenschied

(STL).

Grundsätzlich sei die Absicht der Landesregierung gut. Es lande sicherlich noch viel zu viel Biomüll oder Grünabfall im normalen Hausmüll. Allerdings müsse man seiner Meinung nach bei der Aufstellung solcher Statistiken auch differenzieren. „Bei uns herrschen im Vergleich zu größeren Städten noch mehr ländliche Strukturen vor. Mancher kompostiert auch selbst und nutzt den Kompost dann wieder für den eigenen Garten.“

Zu Bioabfällen gehören Obst- und Gemüsereste, Kartoffelschalen, Kaffeefilter, jedoch keine Speisereste und

Fleischabfälle. Es gibt Tonnen entweder in einer Größe von 120, 240 oder sogar 1100 Liter. Grünabfälle sind zum Beispiel Baum-, Strauch- und Rasenschnitt oder Laub und Gesträuch, Blumen und Blumenerde. Grünabfälle können auch zum Recyclinghof gebracht werden (Bringsystem).

Die Biotonnen werden in einem zweiwöchigen Rhythmus geleert. Laut Ministerium bieten 94 Prozent der Kommunen in NRW ein Holsystem an. 2016 wurden 2,08 Millionen Tonnen Biomüll erfasst, 1,2 Millionen davon per Biotonne. Es ist aber, wie Lüdenschied zeigt, noch Luft nach oben.

13.04.2018

Lüdenschieder Nachrichten

Angst vor der Forellenseuche

Torsten Scheider von der Forellenzucht Wehetal ergreift Vorsichtsmaßnahmen

Von Jürgen Beil und Björn Winkelmann

MEINERZHAGEN/KIERSPE • Die Forellenseuche ist eine Virusinfektion. Und sie scheint auf dem Vormarsch zu sein. Noch hat die „Virale Hämorrhagische Septikämie“ den Märkischen Kreis allerdings wohl nicht erreicht. Denn: Im Lüdenschieder Kreishaus wurden noch keine Fälle der Erkrankung, die vornehmlich Regenbogenforellen befällt, gemeldet. Und das wäre Pflicht, sollte ein Angler oder Teichbesitzer ein krankes Tier bemerken. Glotzaugen und dunkle Färbung – daran lässt sich die Seuche in der Regel gut erkennen.

Torsten Scheider ist Besitzer der Forellenzucht Wehetal. Auch er ist besorgt und tut alles, um die Seuche von seinen Fischen fernzuhalten. Scheider verkauft auch Jungfische. Im Becken seines Bruthauses schwimmen etwa 60 000 kleine Forellen, in den Teichen zusätzlich ungefähr 20 000 größere Exemplare. Immer dann, wenn er Besatzfische an andere Gewässer ausliefert, ist danach Desinfektion angesagt. „Das betrifft Transportbehälter, Geräte wie Kescher und Kleidung.“ Und wenn Kundschaft in seine Anlage in der Schnörrenbach kommt, dürfen keine mitgebrachten Utensilien wie Eimer benutzt werden.

Betroffen von der Forellenseuche waren seine Tiere noch nie. Wenn das so käme, wäre das für ihn der „Supergau“: „Die Fische sind nicht zu heilen und die Überlebenden sind Virusträger. Und die Teiche und Becken müssten geleert und desinfiziert werden“, weiß er.

Hendrik Klein ist Pressesprecher des Märkischen Kreises. Er berichtet, dass auch dann eine Gefahr besteht, wenn sich die Seuche in einem Teich mit Setzlingen ausbreitet. „Diese Fische werden an Zuchtbetriebe verkauft – und so verbreitet sich die Krankheit.“ Da ein Forellenteich einen Zu- und Ablauf habe, könne das Virus so in andere Gewässer gelangen. Experten des Landesfischereiverbands Westfalen-Lippe (LFV) machten jetzt bei einem Informationsaustausch mit Angler- und Fischereigenossen im Soester Kreishaus auf die Gefahr aufmerksam. Journalist Björn Winkelmann sprach mit Dr. Michael Möhlenkamp, Geschäftsführer des LFV, über Risiken und Vorsichtsmaßnahmen.

Herr Möhlenkamp, was ist die Forellenseuche, und wie äußert sie sich?

Michael Möhlenkamp: Es handelt sich um eine Virusinfektion, die vor allem bei Salmoniden und dort besonders bei

Regenbogenforellen auftritt. Typische Symptome sind unter anderem eine Dunkelfärbung sowie hervortretende Augen, sogenannte Glotzaugen. Im weiteren Verlauf kann es zu Blutungen in der Muskulatur kommen. Aber auch einige innere Organe können betroffen sein. Die Erkrankung führt zu hohen Verlusten in den Forellenzuchtbetrieben.

Woher stammt das Virus, und wie wurde es eingeschleppt?

Möhlenkamp: Im Friedrich-Löffler-Institut versucht man das gerade genau herauszufinden. Eine Vermutung ist, dass es über Fische aus dem Ausland zu uns gelangt ist. Sie waren infiziert und sind auf dem Handelsweg zu uns gekommen.

Welche Bestände sind besonders gefährdet?

Möhlenkamp: Besonders problematisch ist das Virus für Bestände in den Forellenzuchtanlagen. Dort leben die Forellen dicht beieinander – für eine Übertragung ideal. Aber auch Wildfische können betroffen sein, müssen aber nicht erkranken. Zum Teil sind sie nur Träger des Virus und verbreiten es weiter. Das gilt auch für andere Fischarten, die Träger sein können, ohne dass die Krankheit ausbricht.

Auf welche Weise läuft eine Infektion ab?

Möhlenkamp: Zum einen durch direkten Kontakt der Tiere untereinander. Zum anderen durch Wasser beziehungsweise feuchte Stiefel, Netze und Kescher. Deshalb ist es sehr wichtig, dass die Materialien vor Verwendung in einem anderen Gewässer gut durchgetrocknet werden, um eine Übertragung zu unterbinden. Gerade jetzt steht die Besatzsaison bevor. Wichtig ist, dass Vereine ihre Fische von Züchtern beziehen, zu denen sie ein Vertrauensverhältnis haben. Sie sollten sich nach Möglichkeit ein aktuelles Gesundheitszeugnis zeigen lassen. Entscheidend ist, dass die Fische in den Betrieben selber erzeugt wurden und nicht zugekauft und über lange Strecken transportiert wurden. So ist die Sicherheit am höchsten, dass gesunde Tiere mit guter Kondition in die Gewässer besetzt werden.

Besteht durch das Virus eine Gefahr für Menschen?

Möhlenkamp: Nein, auf keinen Fall. Sogar erkrankte Tiere dürfen noch geschlachtet und vermarktet werden. Dies ist allerdings nur möglich, wenn das Stadium der Einblutungen in die Muskulatur noch nicht erreicht ist.

13.04.2018

Meinerzhagener Zeitung

Große Aufregung am Dümpel: Wilde Kuh verstorben

„Es ist für uns so traurig wie für alle anderen“ / Viele Bürger wütend und traurig

Von Susanne Fischer-Bolz

NACHRODT-WIBLINGWERDE • Die wilde Kuh vom Dümpel ist tot. Wie Eckart Höll im AK-Gespräch erklärt, ist das Tier gestorben, als es ein Kalb zur Welt bringen wollte. „Es ist für uns so traurig wie für alle anderen“, so der Landwirt. Unterdessen will Carsten Weiss gegen den Bauern vorgehen, „damit ihm endlich das Handwerk gelegt wird.“

„Die Kuh ist vor einigen Tagen qualvoll bei der Geburt ihres Kalbes verendet. Was alle vorhergesehen hatten, denn Anwohner haben sie, soweit sie es konnten, mit Heu und Wasser versorgt. Als sie zwei Tage am selben Platz lag und sich nicht rührte, war klar, dass sie mit halb heraushängendem Kalb verendet war. Es gibt mehrere Zeugenfotos und Ohr-Nummer“, sagt Carsten Weiss. Er ist Nachrodt-Wiblingwerder, wohnt aber jetzt in Brilon. „Ich bin

öfter ‘runtergefahren, um Fotos zu machen“, sagt der Hufschmied, der zugibt, eine persönliche Fehde mit Bauer Höll zu haben. Nichtsdestotrotz würde es jetzt um nüchterne Fakten gehen.

Beim Auftrieb im Oktober war die Kuh nicht der Herde gefolgt, sondern hatte das Weite gesucht. „So lange sie in Ruhe leben kann, ist es das Paradies für sie“, hatte Besitzer André Höll damals erklärt. Und auch das Veterinäramt des Kreises hatte Entwarnung gegeben.

Alle Versuche, das „wilde Milchvieh“ nach Hause zu locken, scheiterten. Anwohner und Spaziergänger machten sich dagegen große Sorgen um die Kuh, die sich immer wieder gern im Wald versteckte. Und all diejenigen, die das Unheil kommen sahen, sehen sich jetzt bestätigt. „Ich kann nur noch einmal sagen, dass ich es unglaublich fand, wie sich der

Bauer aus der Verantwortung gezogen hat“, schreibt eine Nachrodtlerin bei Facebook, eine andere erklärt: „Großtiere mit einem verendeten Jungtier im Körper sterben qualvoll, weil sie durchs tote Baby vergiftet werden. Sie wäre nicht zu retten gewesen.“

Wütend und traurig sind sehr, sehr viele. Und auch das Veterinäramt wurde informiert. „Bisher hat sich aber kein Augenzeuge gemeldet, sondern nur Leute, die etwas gehört haben. Wir haben auch keine Fotos. Wir benötigen aber konkrete Hinweise. Vorher können wir keine Stellungnahme abgeben“, sagt Ulla Erkens, Pressesprecherin des Märkischen Kreises.

Der Besitzer des Tieres fühlt sich zu Unrecht angegriffen. „Wir haben regelmäßig versucht, das Tier einzufangen“, sagt Eckart Höll. „Und haben ja gehofft, dass da unten alles

gut geht.“ Dass bei der Geburt Komplikationen eintreten können, sei nicht ungewöhnlich. „In der Regel schaffen es die Tiere gut alleine, aber wenn beispielsweise eine Verdrehung vorliegt oder eine Rückwärtslage, dann kann die Geburt sehr schwer werden. Im Stall kann man dann helfen. Deshalb wäre es auch für uns wichtig gewesen, die Kuh hier zu haben“, erklärt der Landwirt, der seinen Berufsstand häufig in der Kritik sieht. „Es ist ja immer alles schlecht, was der Landwirt macht.“ Die tote Kuh hat er abgeholt.

Carsten Weiss will die Geschichte nicht auf sich beruhen lassen. „Ich alleine werde aber nichts ausrichten können und das Veterinäramt hat Angst vor diesem Mann. Ich habe Peta eingeschaltet“, versucht Carsten Weiss einen Weg über die größte Tierschutzorganisation einzuschlagen.

13.04.2018

Altenaer Kreisblatt

Führung durch „Flat Volumes“

Zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit

LÜDENSCHIED • Es ist eine Ausstellung von jungen Künstlern mit Lüdenscheider Bezug: Seit dem 24. März und noch bis 3. Juni ist in der Städtischen Galerie Lüdenscheid „Flat Volumes“ zu sehen, eine Ausstellung mit Arbeiten zweier Künstlerinnen, die beide an der Kunstakademie Düsseldorf studiert haben. Am Sonntag beginnt um 15 Uhr eine öffentliche Führung durch die Ausstellung.

Alex Grein, geboren 1983 und Meisterschülerin bei Andreas Gursky, erhielt 2016

das Märkische Stipendium für Bildende Kunst im Fach Fotografie. Julia Gruner (1984), Meisterschülerin bei Katharina Grosse, ist in Lüdenscheid geboren, lebt und arbeitet heute in Köln.

Julia Gruner ist Malerin. Ihr Material ist die Farbe. Sie nutzt diese aber nicht im herkömmlichen Sinne. In ihren Arbeiten gewinnt Farbe Volumen. Sie transformiert das Material Farbe in dreidimensionale Objekte, die in den Ausstellungsraum platziert werden, ein raffiniertes Spiel

um echt und falsch beginnt sich zu entfalten.

Alex Grein nutzt das Medium der Fotografie als Platzhalter für das Gesehene und bewegt sich in ihren Werken zwischen Wahrheit und Illusion. Das Material, auf das die Fotografie gedruckt oder belichtet wird, ist elementarer Bestandteil der Wirkweise des Bildes.

Für die Lüdenscheider Ausstellung dupliziert sie das den Raum strukturierende architektonische Element der Säulen fotografisch und nutzt die sonst „flache“, bildhafte Fotografie als Objekt, das den realen Raum erweitert.

Beide Künstlerinnen hinterfragen das in der Wirklichkeit Gesehene. Ebenso formulieren sie den Zusammenhang zwischen Bild und Bildträger völlig neu und irritie-

ren damit unsere Wahrnehmung. So enthält auch der Titel der Ausstellung ganz bewusst einen inhaltlichen Gegensatz, der die Arbeiten Gruners und Greins kennzeichnet: „Wir nehmen etwas wahr, meinen es zu identifizieren zu können, aber bei näherer Betrachtung bemerken wir unsere Täuschung“, heißt es seitens der Galerie.

Die Ausstellung wird durch einen im Mai erscheinenden Katalog mit Beiträgen von Beat Wismer und Romina Dümmler sowie einer ausführlichen Fotodokumentation der Installation ergänzt.

Wer an der Führung in der Galerie an der Sauerfelder Straße teilnehmen möchte, zahlt drei Euro. Die nächste öffentliche Sonntagsführung ist am 6. Mai.

13.04.2018

Lüdenscheider Nachrichten